



Gefördert vom



im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

**Bundesprogramm
Demokratie leben!
Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit**

Konzept zur lokalen Strategie der „Partnerschaften für Demokratie“ im Landkreis Sonneberg

Seit dem 1. Januar 2015 setzt das Bundesprogramm „*Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit*“ die erfolgreiche Arbeit von TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN fort.

Der Landkreis Sonneberg gehört zu den derzeit 179 Kommunen in Deutschland, die zum Aufbau einer Lokalen Partnerschaft für Demokratie unterstützt werden und eine Förderung über einen Zeitraum von 5 Jahren erhalten.

In den Lokalen Partnerschaften für Demokratie kommen Verantwortliche aus der kommunalen Politik und Verwaltung sowie Aktive aus der Zivilgesellschaft – aus Vereinen und Verbänden über Kirchen bis hin zu bürgerschaftlich Engagierten, vor allem aber auch Jugendliche, zusammen. Gemeinsam wird anhand der lokalen Gegebenheiten und Problemlagen eine auf die konkrete Situation vor Ort abgestimmte Strategie zur Förderung von Demokratie und Vielfalt und insbesondere gegen Rechtsextremismus und Phänomene gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wie z.B. Rassismus und Antisemitismus entwickelt.

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend stellt dem Landkreis Sonneberg bis 2019 Gelder für einen Aktions- und Initiativfonds zur Verfügung, aus dem konkrete Einzelmaßnahmen finanziert werden können. Des Weiteren erhält der Landkreis Gelder für Aktivitäten zur Förderung von Partizipation, Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit, Gelder für einen Jugendfonds, der die Beteiligungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen in einem **Jugendforum** stärkt sowie Landesgelder für eine Koordinierungs- und Fachstelle.

1. Problemlage

Die Wahlergebnisse für den Landkreis Sonneberg im Jahr 2014 machen deutlich, dass unser Landkreis hinsichtlich Demokratiestärkung, Rechtsextremismusprävention und interkultureller Arbeit vor großen Herausforderungen steht. In durchweg allen Wahllokalen wurden Stimmen für die NPD abgegeben. Trotz geringer Wahlbeteiligung schaffte es die NPD bei allen Wahlen im Landkreis im Jahr 2014 auf fast 5 % der Wählerstimmen.

Immer wieder versucht die NPD gerade im ländlichen Raum ihre Ideologien zu verbreiten. Trotz reger Öffentlichkeitsarbeit und aktiver Arbeit in den letzten Jahren stellt man im Landkreis oft ein fehlendes Bewusstsein für diese Thematiken fest.

Erschreckend oft begegnet man Alltagsrassismus, der auf einen fehlenden Wissenstand bei Jugendlichen und Erwachsenen zurückzuführen ist.

Durch die vielen weltweiten Kriegsgebiete und Krisenregionen kommen mehr und mehr Flüchtlinge und Asylsuchende im Landkreis Sonneberg an. Diese Entwicklung wird auch in absehbarer Zeit keinen Rücklauf erfahren. Ab Januar 2016 werden unbegleitete Flüchtlingskinder deutschlandweit auf die Landkreise verteilt. In der Prognose sind es bis zu 35 Kinder, die im Landkreis Sonneberg ankommen (Quelle: Freies Wort vom 08.07.2015).

Die Situation stellt vielerorts eine große Hürde dar, da die EinwohnerInnen, die bisher kaum mit Migranten in Berührung gekommen sind, den Kontakt meiden oder gar ablehnen.

Mangelnde demokratische Alltagskultur erlebt man nicht nur im Wohnumfeld, sondern auch in den Schulen und Betreuungseinrichtungen, in Vereinen, der Verwaltung und Politik. Vielfach ist es Unwissenheit oder manchmal auch Gedankenlosigkeit, die demokratische und tolerante Verhaltensweisen untergraben. Aufklärung, Vorbilder und konkrete Erlebens- und Erfahrungsräume können Sensibilität und Engagement fördern und stärken.

2. Lokale Partnerschaften für Demokratie:

Die „**Partnerschaften für Demokratie**“ sollen die zielgerichtete Zusammenarbeit aller vor Ort engagierten Akteure bei Aktivitäten gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit sowie bei der Entwicklung eines demokratischen Gemeinwesens unterstützen und zur nachhaltigen Entwicklung lokaler und regionaler Bündnisse beitragen. Im partnerschaftlichen Zusammenwirken, insbesondere von kommunaler Verwaltung und Zivilgesellschaft, wird eine lebendige und vielfältige Demokratie vor Ort sowie eine Kultur der Kooperation, des respektvollen Miteinanders, der gegenseitigen Anerkennung und Unterstützung weiter entwickelt.

3. Ziele der Partnerschaften für Demokratie:

Am 14.04.2015 fand im Herman Pistor Gymnasium in Sonneberg die Auftakt- und Demokratiekonferenz statt, an der 80 Personen teilnahmen. Die Teilnehmer setzten sich zusammen aus Vertretern freier und kommunaler Träger, Kinder-, Jugend- und Senioreneinrichtungen, Vereinen, der Politik, der Kirche, Ämtern, Schulen sowie Vertretern aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Auch Jugendliche nahmen an der Veranstaltung teil. Dabei ging es inhaltlich um die Mitgestaltung einer auf die konkrete Situation des Landkreises Sonneberg abgestimmten Strategie für Demokratie, gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit. Es entstand dabei ein aktiver Austausch zu Perspektiven und Handlungsoptionen im Landkreis Sonneberg.

Folgender (vorläufiger)¹ Themenschwerpunkt für das Jahr 2015 konnte aus den gesammelten Diskussionsbeiträgen gesammelt und aufgestellt werden:

„Willkommenskultur – Schaffung interkultureller Begegnungsmöglichkeiten“

Eine moderne und multikulturelle Gesellschaft benötigt interkulturelle Kompetenzen und die Fähigkeit, die Perspektiven zu wechseln (vom Ich zum Anderen). Diese Inhalte und Kompetenzen können teilweise in Form von Workshops, Trainings oder BürgerInnenwerkstätten erlernt werden. Verfestigen können sich die Einsichten aber nur, wenn es auch zu persönlichen Begegnungen kommt. Das gilt sowohl für das Kinder- und Jugendalter wie auch für Erwachsene. So früh wie möglich müssen internationale Begegnungen und der Austausch von Kindern und Jugendlichen initiiert und gefördert werden (international, national und regional). Die BürgerInnen müssen die Gelegenheit erhalten, Menschen in ihren Sozialräumen, die aus anderen Kulturen kommen, kennenzulernen und mit ihnen gemeinsame Aktivitäten umzusetzen.

Zur Stärkung einer Willkommenskultur im Landkreis Sonneberg, bedarf es daher folgender Handlungsschwerpunkte:

1. Aufbau von Partnerschaftsprojekten (z.B. ehrenamtliche Integrationslotsen, Demokratiebotschafter)

Ein Ziel unserer Partnerschaft für Demokratie stellt der Aufbau von Partnerschaften deutscher und ausländischer Jugendlicher bzw. Kinder in Schulen und Bildungsträgern zur Förderung sozialer Integration und des Verantwortungsbewusstseins dar.

¹ Die konkrete inhaltliche Ausgestaltung richtet sich nach den aktuellen lokalen und regionalen Erfordernissen. Verändern sich diese, wird das Konzept dahingehend fortgeschrieben.

Auch Patenschaften unter Erwachsenen wären sehr wünschenswert um Flüchtlingen den Alltag in der neuen Umgebung zu erleichtern.

Die Paten können Bleibeberechtigte und Flüchtlinge mit Arbeitsmarktzugang auch dabei unterstützen, eine dauerhafte Beschäftigung zu finden, ihren Lebensunterhalt eigenständig zu erwirtschaften und damit langfristig die Chancen auf Sicherung des Aufenthaltes in Deutschland zu erhöhen.

Doch wie und durch wen werden Begegnungen initiiert und Erfahrungsräume geöffnet? Dies können professionelle Netzwerke, die Wissensstände vermitteln und für Hilfebedürftige Regelangebote erschließen, leisten. Über das Ehren- bzw. BürgerInnenamt können die Betroffenen „aufgesucht“ und „abgeholt“ werden.

2. Stärkung des Ehrenamtes & Qualifizierung von Ehrenamtlichen

Ehrenamtliches Engagement bietet Menschen die Chance sich einzumischen und einer sinnvollen Tätigkeit nachzugehen. So können sie unsere Gesellschaft mitgestalten und gleichzeitig die eigene Lebensqualität erhöhen.

Doch mit der Übernahme verantwortungsvoller Aufgaben durch freiwillig Engagierte in der Flüchtlingsarbeit entsteht ein besonderer Qualifizierungsbedarf.

Eine Vernetzung von Hauptamtlichen und Ehrenamtlichen trägt zu einer strukturellen Verbesserung der Situation von Flüchtlingen in unserem Landkreis dar.

3. Integrationshilfen für Flüchtlinge

Ehrenamtliche Integrationslotsen oder auch engagierte BürgerInnen, die ihre freie Zeit zur Verfügung stellen, können ganz konkrete Integrationshilfen für Flüchtlinge leisten und somit die vorhandenen professionellen Beratungsangebote ergänzen.

So können Sie gemeinsam mit den Flüchtlingen Ämtergänge erledigen, die I(i)ebenswerten Seiten Sonnebergs und Umgebung zu zeigen oder Flüchtlinge bei handwerklichen Tätigkeiten unterstützen.

Auch interkulturelle Veranstaltungen wie Stadtteil- oder Straßenfeste, die Einheimische und Flüchtlinge gemeinsam planen und begehen, würden zu einer Stärkung der Willkommenskultur beitragen.

4. Sensibilisierung einer breiten Öffentlichkeit gegenüber Rechtsextremismus, Intoleranz und Diskriminierung

Ein weiteres Ziel unserer Partnerschaft für Demokratie ist es, dass die BewohnerInnen des Landkreises über ein ausgeprägtes Toleranzverständnis gegenüber vielfältigen Kulturen und Lebensentwürfen verfügen. Um dies zu erreichen, soll das bestehende Netzwerk aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft verstetigt und weitere engagierte BürgerInnen gewonnen werden. Öffentliche Demokratiekonferenzen, Öffentlichkeits- und Netzwerkarbeit, die interessierte und aktive Engagierte einbindet, unterstützt und fördert, sollen eine lebendige, vielfältige demokratische Zivilgesellschaft vor Ort stärken.

Einen weiteren Schwerpunkt stellt die Demokratie- und Toleranzerziehung bei Kindern und Jugendlichen dar. Durch die Errichtung des Jugendforums werden die Beteiligungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen durch Mitspracherecht und Teilhabe an Entscheidungsprozessen gestärkt, sodass eine lebendige Demokratie geübt und erfahren werden kann.

4. Zielgruppen

1. Zivilgesellschaft

Die Förderung der Zivilgesellschaft umfasst vielfältige Facetten wie die Stärkung der zivilgesellschaftlichen Strukturen sowie eine klare Gegenwehr gegen Phänomene des Rechtsextremismus, der Fremdenfeindlichkeit und anderer gruppenbezogener feindlicher Einstellungen. Die Zivilgesellschaft umfasst neben Initiativen und Vereinen auch Nachbarn, Freunde und Kollegen.

Wenn sich Vereine und Initiativen an demokratischen Werten orientieren und selbst demokratisch strukturiert sind, können sie so etwas wie eine „Schule der Demokratie“ sein und Probleme wie Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit in der Öffentlichkeit immer wieder thematisieren.

Wahlergebnisse und Umfragen ergeben immer wieder, dass die Zivilgesellschaft den Wirkungskreis und die Gefahren, die von der rechten Szene ausgehen, noch immer unterschätzt. Deshalb bedarf es der Aufklärung einer breiten Öffentlichkeit. Rechtsextremismus lässt sich nur dann erfolgreich bekämpfen, wenn sich die Bereiche Zivilgesellschaft, Politik und Wirtschaft gleichermaßen daran beteiligen. Es geht darum, zivile Werte mit Zivilcourage zu verteidigen. Ohne Engagement der Zivilgesellschaft wird das nicht gelingen.

2. Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene

Wie schon im vorangegangenen Bundesprogramm „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ stellen auch im Bundesprogramm Demokratie leben! Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene neben der Zivilgesellschaft eine der Hauptzielgruppe dar. Vielen Kindern und Jugendlichen wird von zuhause aus kein angemessener Umgang mit Andersartigkeit und Vielfalt vorgelebt. Aus Unwissenheit und Unsicherheit heraus entstehen Aggressionen und Vorurteile, die ohne Bedacht ausgelebt werden.

Vor allem Jugendliche verbringen ihre Freizeit „draußen“ und ohne für sie interessante Angebote.

Hier setzt das neue Bundesprogramm Demokratie leben! mit der Errichtung eines Jugendforums an, welches konkret die Beteiligungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen stärkt. Junge, engagierte Menschen sollen durch eigene Projekte die „Partnerschaften für Demokratie“ mitgestalten. Das Jugendforum wird von Jugendlichen selbst organisiert und geleitet. Es sollen Jugendliche verschiedener Gemeinden des Landkreises mit unterschiedlichen Interessenschwerpunkten vertreten sein.

3. Flüchtlinge und ausländische Familien

Eine multikulturelle Gesellschaft ist reich an Kultur und somit auch an Lebensqualität. Doch nur eine Gesellschaft, die miteinander kommuniziert kann funktionieren. Eine Willkommenskultur fördert, verbessert und beschleunigt die Integration von Zuwanderern, die in unsere Region Schutz und Zuflucht suchen. Wer in einem neuen Land ankommt und sich ständigen Anfeindungen, Misstrauen und Diskriminierung ausgesetzt fühlt, wird es noch viel schwerer haben sich in die neue Gesellschaft zu integrieren. Deswegen ist es so wichtig, dass Kommunen und ihre Bürger diesem Problem entgegentreten und gemeinsam eine Willkommenskultur schaffen, die ihren Namen verdient hat.

4. Multiplikatoren

Eine weitere Zielgruppe stellen MultiplikatorInnen aus Vereinen, Verbänden, Kitas, Schulen, Jugendzentren usw. dar, die viel Zeit mit Kindern und Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund verbringen. Sie sind dort tätig, wo sich die Kinder und Jugendliche aufhalten. Sie bilden oftmals ein Bindeglied zwischen Elternhaus und Freizeit.

Einrichtungen wie Kindertagesstätten, Horte, Schulen, NachmittagsAGs, offene Kinder- und Jugendarbeit, Bildungseinrichtungen und Vereine sollten „Ketten“ bilden. Das bedeutet, dass sie voneinander wissen und bei Bedarf immer in das „nächste Glied der Kette“ weitervermitteln können. Ein entsprechendes Netzwerk kann für den Transfer und für best-practice sorgen.

5. Jugendforum

Das Jugendforum wird unter Trägerschaft des Zentrums für Jugendsozialarbeit „Lichtblick“ gestellt. Jugendliche können auf unbürokratischen Weg Projekte beantragen. Darüber ob das Projekt durchgeführt wird, entscheiden die Jugendlichen des Jugendforums in eigener Regie. Alle Jugendlichen des Landkreises im Alter von 12 – 27 Jahren sollen dabei angesprochen werden, auch über die Schulen hinaus. Zwei Jugendliche des Jugendforums werden als Mitglieder in den BgA berufen und liefern somit eigene Beiträge zur Ausgestaltung „der Partnerschaft für Demokratie“.

6. Antragstellung

Projektanträge können alle nichtstaatlichen Organisationen stellen, die ihre Gemeinnützigkeit nachweisen können, bereits Erfahrungen in der Thematik besitzen und das Projekt fachgerecht umsetzen können. Keine Anträge können Schulen (nur als Kooperationspartner von Jugendverbänden oder Fördervereinen), Einzelpersonen oder Initiativen ohne Rechtsform stellen.

Die Bewerbung erfolgt durch ein Antragsformular und einen Finanzplan, die man im Federführenden Amt (Landratsamt) bei Herrn Oberender oder in der Koordinierungs- und Fachstelle (werkstatt bildung & medien gmbh) bei Frau Popp erhält.

Alle eingereichten Konzepte werden im Begleitausschuss diskutiert. Über den Zuschlag entscheidet ebenfalls der Begleitausschuss.

7. Allgemeine Fördergrundsätze

Zuwendungsempfänger für die Einzelprojekte müssen folgende Bedingungen erfüllen:

- Fachliche Voraussetzungen für das geplante Projekt und entsprechende Erfahrungen in der Thematik des Programmes
- Sicherung einer ordnungsgemäßen Geschäftsführung, insbesondere Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung (GoB) im Rahmen des Rechnungswesens
- Gewähr für eine zweckentsprechende, wirtschaftliche und sparsame Verwendung der Fördermittel sowie deren bestimmungsgemäßer Nachweis
- Nachweis der Gemeinnützigkeit gemäß §§ 51 ff. Abgabenordnung, ersatzweise zunächst der Nachweis der Stellung eines Antrages auf Anerkennung der Gemeinnützigkeit gemäß §§ 51 ff. Abgabenordnung bzw. grundsätzliche

Vereinbarkeit des Gesellschaftsvertrages/ der Satzung mit den Anforderungen der Gemeinnützigkeit

Nicht gefördert werden können:

- Maßnahmen, die nach Inhalt, Methodik und Struktur überwiegend schulischen Zwecken, dem Hochschulstudium, der Berufsausbildung außerhalb der Jugendsozialarbeit, dem Breiten- oder Leistungssport, der religiösen oder weltanschaulichen Erziehung, der parteiinternen oder gewerkschaftsinternen Schulung, der Erholung oder der Touristik dienen
- Maßnahmen und Projekte mit agitatorischen Zielen
- Maßnahmen, die zu den originären Aufgabenbereichen des Kinder- und Jugendplanes des Bundes (KJP) gehören und der Art nach von dort gefördert werden können
- Maßnahmen, die zu den originären Aufgabenbereichen des Deutsch-Französischen Jugendwerkes (DFJW) oder des Deutsch-Polnischen Jugendwerkes (DPJW) gehören und der Art nach von diesen gefördert werden können

Die Träger der geförderten Einzelmaßnahmen haben sich zur freiheitlichen-demokratischen Grundordnung zu bekennen und eine den Zielen des Grundgesetzes förderliche Arbeit zu gewährleisten.

Insgesamt stehen für das Jahr 2015 zur Verfügung:

- 42.500 € für einen Aktions- und Initiativfond zur Umsetzung von Einzelmaßnahmen
- 5.000 € für den Jugendfonds
- 5.000 € für Sachausgaben für die Partizipations-, Vernetzungs- und Öffentlichkeitsarbeit
- 2.500,00 € für Sachausgaben (zzgl. bis zu 25.000,00 € für Personalkosten vom Land) für die verwaltungsexterne Koordinierungs- und Fachstelle

8. Organisatorisches

Für einen reibungslosen Ablauf sowohl bei der Entwicklung der Partnerschaften für Demokratie als auch bei der Durchführung der Projekte müssen die bereits entstandenen Netzwerke engmaschig und aktiv zusammenarbeiten. Aufgrund der zentralen Verankerung des Federführenden Amtes im Landratsamt Sonneberg (Jugend- und Sozialamt) ist der Informationsfluss zu anderen Ämtern gewährleistet. Sowohl politische Akteure und Vertreter verschiedener Ämter als auch enge Verbindungen zu Bildungs- und Jugendeinrichtungen finden sich unter einem Dach.

Nach Antragstellung werden die eingereichten Projekte im Begleitausschuss (BgA) diskutiert. Dieser besteht aus 20 Mitgliedern aus verschiedenen Bereichen wie Wirtschaft, Vereinswesen, Politik und Zivilgesellschaft. Die Aufgabenschwerpunkte des BgA beziehen sich auf Entscheidungen über zu fördernde Projekte, Unterstützung der Fortschreibung, Entwicklung und nachhaltige Verankerung des lokalen Konzeptes. Er versteht sich als Bindeglied zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren sowie als Ort des Austauschs zu Erfahrungen und aktuellen Bedarfen. Die Mitglieder kommunizieren das lokale Konzept ihrer jeweiligen Arbeitsbereiche und binden ihn somit in regionale und kommunale Entwicklungsprozesse ein.

Während der gesamten Laufzeit von Demokratie leben! wird eine fortlaufende Öffentlichkeitsarbeit durch Presseartikel und Internetauftritte gewährleistet. Zweimal im Jahr wird es Demokratiekonferenzen geben, wo zusammen mit lokalen Akteuren und der Zivilgesellschaft an der Fortschreibung des lokalen Konzepts gearbeitet wird. Die Arbeit in den lokalen Partnerschaften soll für alle Beteiligten transparent und nachvollziehbar sein.

Um die Qualität und Quantität der Arbeit zu kontrollieren, werden Ergebnisberichte verfasst und an die Regiestelle des Bundesprogrammes gesendet. In den Projekten selbst können Beurteilungsbögen an die Teilnehmer herausgegeben werden, um den Erfolg des Projektes zu evaluieren.